

Bäuerlichen Betrieben eine Zukunft geben

Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth besucht Naturland Zentrale in Gräfelfing

Gräfelfing – Die notwendige grundlegende Neuausrichtung der Agrarpolitik in Deutschland und Europa war ein zentrales Thema beim Besuch von Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth beim Öko-Verband Naturland am Freitag in Gräfelfing. Dabei erläuterte Naturland Präsident Hubert Heigl der Grünen-Politikerin die Forderungen der deutschen Öko-Branche zur Neugestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) ab 2020, die derzeit bereits verhandelt wird.

„Es geht um eine faire Partnerschaft zwischen Bauern und Gesellschaft, in der öffentliche Gelder tatsächlich auch für öffentliche Leistungen verwendet werden“, sagte Heigl. Statt weiter Geld mit der Gießkanne zu verteilen und so vor allem Landbesitz zu belohnen, sollten die Landwirte – ökologische wie konventionelle – künftig für ihre Leistungen entlohnt werden: für sauberes Wasser, Artenvielfalt, Klima- und Tierschutz. „Nur eine solche neue Agrarpolitik kann die Akzeptanz der Verbraucher gewinnen und bäuerlichen Betrieben eine wirkliche Zukunft geben“, unterstrich der Naturland Präsident.

„Die Agrarpolitik muss grundsätzlich neu und ökologisch ausgerichtet werden“, bestätigte Claudia Roth bei ihrem Besuch: „Und da bleibt einiges zu tun. Unter anderem muss die Nutzung von Moorböden und Pestiziden massiv sinken, Glyphosat und Neonikotinoide gehören gänzlich vom Acker, und auch mit der industriellen Massentierhaltung muss innerhalb der nächsten zwanzig Jahre Schluss gemacht werden – im Interesse der Bäuerinnen und Bauern, der Tiere, der Gesellschaft und des Planeten gleichermaßen.“

Öko-soziale Landwirtschaft als Beitrag zur Agenda 2030

Die Grünen-Politikerin wies in diesem Zusammenhang auch auf die negativen Folgen der EU-Agrarpolitik für viele afrikanische Länder hin. Mit dem hochsubventionierten Export der Überproduktion europäischer Bauern werden dort vielerorts die lokalen Märkte etwa für Milchprodukte kaputt gemacht. „Das System europäischer Agrarsubventionen trägt weiterhin dazu bei, dass Menschen andernorts ihre Lebensgrundlage verlieren. Wer von Fluchtursachenbekämpfung spricht, wer die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und die Menschenrechte ernst nimmt, der kann nur zu einem Ergebnis kommen: Wir müssen die Subventionen entlang öko-sozialer Maßstäbe grundlegend neu aufstellen und viel stärker auch die kleinen und mittleren Betriebe fördern.“

Naturland fördert die Entwicklung heimischer Märkte und verbindet Bäuerinnen und Bauern weltweit, wie Geschäftsführer Steffen Reese erläuterte. „Als internationaler Öko-Verband wissen wir, dass Bauern hier wie dort auf verlässliche Handelsbeziehungen und faire Preise angewiesen sind. Deshalb setzt Naturland sich für ein nachhaltiges weltweites Produktionssystem ein, das auf drei Säulen ruht: Ökologisch, Sozial und Fair. Die Naturland Fair Richtlinien, die bewusst auch die heimischen Bauern in den Gedanken des Fairen Handels mit einschließen, setzen hier den Maßstab.“

Aktuell wirtschaften über 43.000 Bäuerinnen und Bauern in 46 Ländern der Erde nach Naturland Richtlinien. Ein großer Teil der internationalen Naturland Bauern ist dabei in rund 100 Kleinbauern-Kooperativen organisiert. Sozialrichtlinien sind für alle Betriebe verbindlicher Bestandteil der Naturland Öko-Zertifizierung. Seit 2010 verbindet darüber hinaus die Zusatzertifizierung Naturland Fair Öko-Landbau und Fairen Handel in einem Zeichen.